

Datum

22. Juni 2011

ZdK-Sprecher kritisiert Beschluss zur EU-Mutterschutz-Richtlinie

Hubert Tintelott, europapolitischer Sprecher des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) hat die Entscheidung der EU Arbeits- und Sozialminister vom vergangenen Freitag, die von Europäischer Kommission und Europäischem Parlament vorgelegten Vorschläge zur Verbesserung des Mutterschutzes auf europäischer Ebene auf Eis zu legen, kritisiert.

„Ich bedauere sehr, dass sich die Mehrheit der Minister gegen die Anpassung der EU-Mutterschutz-Richtlinie von 1992 sperrt. Damit bleibt eine große Chance ungenutzt, in vielen EU-Mitgliedsländern zu einem besseren Gesundheitsschutz für Mütter, einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zu mehr Lohngerechtigkeit beizutragen.“

Tintelott begrüßte, dass die zuständige Kommissarin Viviane Reding angekündigt hat, sich weiter für eine Kompromissfindung einsetzen zu wollen. „Ich hoffe zudem, dass die am 1. Juli beginnende polnische Ratspräsidentschaft das Thema erneut auf die Tagesordnung des Rates setzen wird“, so Tintelott.

In einem gemeinsamen Brief an Bundesfamilienministerin Kristina Schröder hatten Hubert Tintelott, Christa Licharz-Lichtenthäler, ZdK-Sprecherin für familienpolitische Grundfragen, und Elisabeth Bußmann, Vorsitzende des Familienbundes der Katholiken, im April die deutsche Regelung von Mutterschutz und Elternzeit gewürdigt, sich jedoch angesichts der Ablehnung der europäischen Pläne durch die Bundesregierung für einen europäischen Mittelweg ausgesprochen und für eine Verlängerung des Mutterschutzes von 14 auf 18 Wochen sowie eine sog. Überleitungsklausel plädiert, die der deutschen Kombination aus Mutterschutz und Elternzeit Rechnung getragen hätte.

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn**Postfach** 24 01 41, 53154 Bonn**Tel.** +49. (0) 228. 38 297 - 28 **Fax** +49. (0) 228. 38 297 - 48**Mail** presse@zdk.de **Web** www.zdk.de**Herausgeber****Dr. Stefan Vesper** Generalsekretär**Redaktion****Theodor Bolzenius** Pressesprecher